

Kleine Anfrage

der Abgeordneten König (DIE LINKE)

und

Antwort

des Thüringer Ministeriums für Soziales, Familie und Gesundheit

Jugendarbeit und Rechtsextremismus in Thüringen

Die **Kleine Anfrage 1316** vom 11. März 2011 hat folgenden Wortlaut:

Die Auseinandersetzung mit antiaufklärerischen, antiemanzipatorischen und unsozialen Tendenzen unter Jugendlichen ist eine ständige Aufgabe der Jugendarbeit. Studien und Fallberichte weisen auf die zunehmende Bedeutung neonazistischer Anwerbsarbeit und Unterwanderung öffentlicher Einrichtungen durch Neonazis hin und machen darauf aufmerksam. Besonders so genannte "Freie Kameradschaften" versuchen Heranwachsende im jugendkulturellen und vorpolitischen Raum für ihre Ziele zu gewinnen.

Ich frage die Landesregierung:

1. Sind der Landesregierung Anwerbeversuche bzw. Unterwanderungen von Neonazis im jugendkulturellen Raum bekannt und wenn ja, wo finden diese statt und welcher Art sind diese?
2. Sind der Landesregierung Jugendeinrichtungen in Thüringen bekannt, in denen Neonazis versuchen, die Hegemonie zu erreichen bzw. bereits erreicht haben? Wenn ja, wo, seit wann, von wem und mit welchen Mitteln?
3. Sind der Landesregierung Jugendeinrichtungen bekannt, in denen bzw. in deren näherer Umgebung seit Beginn des Jahres 2010 Aktivitäten und Straftaten mit rechtsextremem Hintergrund begangen wurden? Wenn ja, um welche Einrichtungen und welche Aktivitäten handelt es sich (bitte chronologisch auflisten)?
4. Gibt es in Thüringen Jugendeinrichtungen, in denen so genannte "akzeptierende Jugendarbeit" mit rechtsextremen Jugendlichen praktiziert wird? Wenn ja, wo und seit wann?
 - a) Wenn ja, mit welchen Methoden und nach welchen Qualitätskriterien findet dies statt?
 - b) Wenn ja, wie bewertet die Landesregierung die Ergebnisse der Arbeit?
5. Welche Weiterbildungsangebote gibt es für Betreuer und Sozialpädagogen in Thüringen zu rechtsextremen Jugendkulturen (Kleidung, Symbole, Organisationen, Musik usw.) sowie dem Versuch der Einflussnahme seitens Rechtsextremer im jugendkulturellen Bereich?
6. In welchen Regionen sieht die Landesregierung eine besondere Herausforderung im Umgang mit rechtsextremen Jugendlichen und wie begründet sie ihre Auffassung?
7. Mit welchen Maßnahmen versucht die Landesregierung gegen Rechtsextremismus im jugendkulturellen Bereich vorzugehen?

Das **Thüringer Ministerium für Soziales, Familie und Gesundheit** hat die Kleine Anfrage namens der Landesregierung mit Schreiben vom 10. Mai 2011 wie folgt beantwortet:

Vorbemerkung

Da es für die erfragten Informationen keine Erhebungs- und Mitteilungspflicht gibt, musste die Landesregierung u. a. die örtlichen Träger der öffentlichen Jugendhilfe auf freiwilliger Basis um Stellungnahme bitten. Auf Grundlage dieser Mitteilungen werden die Fragen nachfolgend beantwortet.

Zu 1.:

Als ein Beispiel für solche Versuche ist die Verteilung von so genannten Schulhof-CDs der NPD anzusehen. Ansatz dieser bundesweiten Anwerbeversuche ist die Heranführung von Jugendlichen an die NPD mittels Musik. Zu diesem Zweck sollen von der NPD verantwortete kostenlose CDs an oder im Umfeld von Schulen verteilt werden. In jüngster Zeit wurden zwar keine derartigen Verteilaktionen in Thüringen bekannt, jedoch sollen am 22. April 2010 Unbekannte auf dem Gelände der Lobdeburgschule in Jena "Schulhof-CDs" und Flyer verteilt haben, die mit den Absendern "Braunes Haus" und "JN" unterschrieben gewesen sein sollen. Zu der Aktion bekannte sich das "Freie Netz Jena" (FN Jena). Darüber hinaus wurden den örtlichen Trägern der öffentlichen Jugendhilfe in weiteren drei Landkreisen bzw. kreisfreien Städten (Eisenach, Sonneberg, Hildburghausen) persönliche Anwerbeversuche durch Jugendliche vor Schulen benannt.

Im Januar 2011 ging an einem Thüringer Gymnasium eine Werbemail für den Tonträger "Jugend in Bewegung - Schüler-CD des Nationalen Widerstandes" ein. Die Mail war mit dem falschen Absender "Bundesministerium für politische Bildung" versandt worden. In anderen Ländern kam es zu entsprechenden Aktionen. Eine entsprechende Verteilaktion im Umfeld von Thüringer Schulen konnte nicht festgestellt werden.

In der kreisfreien Stadt Jena versuchten Aktivisten aus dem Umfeld des sogenannten "Freien Netzes Jena" in den Sommermonaten 2010 und im Frühjahr 2011 im Stadtpark "Paradies" Jugendliche, insbesondere durch persönliche Ansprache für ihre Aktivitäten zu akquirieren. Darüber hinaus tauchten ebenfalls im Sommer 2010 am Skate- und BMX-Park Schmiererein des "Freien Netzes Jena" auf. Im Umfeld verschiedener Jugendeinrichtungen wird ebenso, insbesondere vom "Freien Netz Jena", Schmiererein und Aufklebern an Laternenpfählen, Ampeln und Gebäuden die Aufmerksamkeit sowohl für ihre neonazistische Propaganda als auch ihre Gruppierung gesucht.

Über andere, speziell auf Jugendliche ausgerichtete Werbeversuche der NPD oder anderer Rechtsextremisten liegen der Landesregierung keine Informationen vor.

Auch der bis 2008 durch die Thüringer NPD und seitdem durch Privatpersonen aus dem rechtsextremistischen Spektrum durchgeführte "Thüringentag der nationalen Jugend" richtet sich nicht ausschließlich an Jugendliche.

Die "Schlesische Jugend - Landesgruppe Thüringen" (SJ-Thüringen) hat in der Vergangenheit Veranstaltungen in der "Jugendbildungsstätte Kleinschmalkalden" durchgeführt. Auch für das Jahr 2011 waren bereits entsprechende Verträge abgeschlossen. Diese wurden nunmehr von dem für das Objekt zuständigen "Förderverein für Auszubildende Schmalkalden e. V." wegen der Unvereinbarkeit des Tätigkeitsfelds der SJ mit der eigenen Satzung gekündigt.

Die SJ-Thüringen ist eigenem Bekunden nach eine "Jugendorganisation, in der sich interessierte Jugendliche mit der schlesischen Kultur, den dortigen Sitten und Gebräuchen, der Mundart, der Geschichte, dem Schicksal der aus ihrer Heimat vertriebenen Menschen und allem, was noch über Schlesien zu wissen ist, beschäftigen und auseinandersetzen". Unter dem Deckmantel eines Vertriebenenverbandes wird die SJ-Thüringen allerdings inzwischen von aktiven Rechtsextremisten für Bestrebungen missbraucht, die gegen die freiheitliche demokratische Grundordnung und den Gedanken der Völkerverständigung, insbesondere gegen das friedliche Zusammenleben der Völker gerichtet sind. Offenkundig richtet sich die SJ-Thüringen jedoch nicht ausschließlich an Jugendliche, jedenfalls sind auf Funktionärebene ausschließlich und im Bereich der Mitglieder überwiegend Erwachsene vertreten.

Zu 2.:

Der Landesregierung sind derzeit keine Jugendeinrichtungen bekannt, in denen Neonazis versucht haben, die Hegemonie zu erreichen bzw. erreicht haben.

Zu 3.:

Folgende Straftaten wurden festgestellt:

Tatzeit	Tatort	PD	Straftaten
19. Januar 2010	Christliches Jugenddorf Hohenleuben	Gera	Verwenden von Kennzeichen verfassungswidriger Organisationen
18. Februar 2010	Jugendheim Juventas Sondershausen	Nordhausen	Verwenden von Kennzeichen verfassungswidriger Organisationen
9. April 2010	Jugendclub Schwarzta bei Suhl; Proberaum der rechtsextremistischen Band "Kinderzimmerterroristen" (KZT)	Suhl	Volksverhetzung
11.-12. April 2010	Christliches Jugenddorf Ilmenau	Gotha	Verwenden von Kennzeichen verfassungswidriger Organisationen
17. Juli 2010	Jugendclub Crossengrün	Gera	Verwenden von Kennzeichen verfassungswidriger Organisationen
20. November 2010	Jugendclub Anrode	Nordhausen	Volksverhetzung
17.-18. Januar 2011	Alternativer Jugendclub Bad Langensalza	Nordhausen	Sachbeschädigung
23. Januar 2011	Alternativer Jugendclub Bad Langensalza	Nordhausen	Schwere Brandstiftung
7. Februar 2011	Freizeitheim Anrode	Nordhausen	Verwenden von Kennzeichen verfassungswidriger Organisationen

PD = Polizeidirektion

Zu 4.:

nein

Zu 5.:

In Thüringen wird eine Vielzahl von Weiterbildungsangeboten zu o. g. Themen vorgehalten, so dass hier nur eine Auswahl dargestellt werden kann. Es wurde dabei auf die Anbieter Bezug genommen, die überwiegend durch die örtlichen Träger der öffentlichen Jugendhilfe Thüringens genutzt werden:

1. MOBIT e. V. u. a. mit den Themen: "Autonome Nationalisten", "Schule Ohne Rassismus-Schule Mit Courage", "Argumentationstraining gegen rechte Parolen", "Versteckspiel-Zeichen und Symbole der rechtsextremen Szene", "Rechtsrock-Identitätsangebot und Schlagwortgeber für junge Menschen",
2. Europäische Jugendbildungs- und Begegnungsstätte Weimar u. a. mit den Themen: "Rechtsextremismus - Organisationen und Parteien", "Rechtsextremismus in der Mitte der Gesellschaft",
3. Landeszentrale für politische Bildung u. a. mit den Themen: "Rechtsextremismus im Internet und web 2.0", "Rechtsrock - Made in Thüringen", "Umgang mit Rechtsextremen in Städten und Gemeinden",
4. Fortbildungsreihe des Thüringer Ministeriums für Soziales, Familie und Gesundheit "Demokratie lebt durch Demokraten", die für haupt- und ehrenamtliche Mitarbeiter der Jugendhilfe entwickelt wurde. Inhaltlicher Schwerpunkt der Fortbildungsreihe ist die fachlich fundierte Auseinandersetzung mit den Themen: "freiheitliche Demokratie", "Wertebewusstsein", "extremistische Einstellungen und deren Praxisrelevanz für die Mitarbeiter der Jugendhilfe in ihren täglichen Arbeitszusammenhängen". Die Fortbildungsreihe wurde in allen Thüringer Landkreisen und kreisfreien Städten durchgeführt.
5. Das Thüringer Landesamt für Verfassungsschutz (TLfV) unterstützt und ergänzt entsprechende Angebote der Landeszentrale für politische Bildung, Volkshochschulen, Bildungsstätten, aber auch Stiftungen, Parteien, Gewerkschaften, Kirchen. Das im Internet veröffentlichte Vortragsangebot beinhaltet die Mög-

lichkeit, Experten des TLfV als Referenten zu den in der Frage genannten Themen einzuladen. Dieses Angebot wird in den letzten Monaten gerade von Multiplikatoren in der Jugendarbeit (z. B. Feuerwehr, Sportvereine, Jugendeinrichtungen, Schulen usw.) gut angenommen.

Zu 6.:

In Bezug auf Aktivitäten rechtsextremistischer Jugendlicher haben sich in Thüringen keine regionalen Schwerpunkte herausgebildet. Bei der Durchführung von Veranstaltungen, die auf junge Menschen im weiteren Sinne zugeschnitten sind, ist keine regionale Konzentration erkennbar. Im Bereich der NPD ist kaum Jugendarbeit feststellbar. Auch deren Jugendorganisation, die Jungen Nationaldemokraten (JN), ist in Thüringen kaum wahrnehmbar.

Zu 7.:

Am 14. Dezember 2010 wurde das Landesprogramm für Demokratie, Toleranz und Weltoffenheit verabschiedet, das auch die Maßnahmen im jugendkulturellen Bereich umfasst. Besonders verwiesen sei hierbei auf die Abschnitte 3.1.1 und 3.1.2 sowie 3.1.5. Die entsprechende Richtlinie zum Landesprogramm ist am 1. Mai 2011 in Kraft getreten.

Taubert
Ministerin